



Beschluss des Landesparteirates vom 13. Februar 2010

## Ohne Ausstieg kein Umstieg!

Die SPD Niedersachsen verurteilt die beginnenden Transporte mit plutoniumhaltigen Brennelementen von der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield (Großbritannien) zum AKW Grohnde. Wir verlangen, dass Bundesumweltminister Röttgen diese Transporte sofort verbietet.

Wir fordern die Umsetzung des Atomkonsenses ohne jeden Abstrich und eine Investitionsoffensive für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.

Mehr als 600 Demonstranten forderten am vergangenen Samstag in Hameln die Bundesregierung zum Handeln auf. Nur wer am Ausstieg aus der Atomkraft festhält kann glaubwürdig auf Erneuerbare Energien umsteigen.

Doch die schwarz-gelbe Regierung legt den energiepolitischen Rückwärtsgang ein. Die geplanten Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken auf dem deutschen Energiemarkt, machen Investitionen in die Erneuerung des Kraftwerksparks rückgängig und schwächen den Standort Deutschland erheblich. Egal welche Gegenleistung von den AKW-Betreibern erbracht wird, es bleibt ein lukratives Geschäft, das die Erneuerbaren Energien behindert und die Menge an radioaktivem Müll erheblich vergrößert. Die Atomlobby regiert wieder!

In Niedersachsen sind wir besonders betroffen. Nicht nur durch Atomkraftwerke, sondern auch durch die ungelöste Endlagerfrage. Wer AKWs weiter laufen lässt, produziert große Mengen von neuem hochradioaktivem Müll. Die ungelöste Frage eines Endlagers wird Gegenstand des Gorleben-Untersuchungsausschusses sein, der die Manipulation von Gutachten zur Eignung des Salzstocks aufklären muss. Die gewaltigen Risiken werden auch am Fall Asse deutlich. Der dort versenkte radioaktive Abfall ist ein Milliardengrab. Die Sanierung droht die Steuerzahler 3,7 Milliarden Euro zu kosten. Wir fordern eine Beteiligung der Atomwirtschaft an diesen Kosten. Schwarz-Gelb verfährt nach dem Motto: Privatisierung der Atomgewinne, Sozialisierung der Entsorgungskosten. Und das in einer Zeit von Rekordverschuldung und Wirtschaftskrise.

Schwarz-Gelb aber will mit Tricks wie der Übertragung von Reststrommengen für den Weiterbetrieb sorgen. Das bringt den Konzernen Milliarden-Gewinne. Aber es blockiert Investitionen in die Erneuerbaren Energien, in Effizienztechnologie und Kraft-Wärme-Kopplung, setzt Hunderttausende Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen aufs Spiel und benachteiligt kommunale Stadtwerke im Wettbewerb. Eine Interessengruppe macht Kasse, während das Gemeinwohl auf der Strecke bleibt. Freibrief für die Atomwirtschaft, aber Kürzung der Solarförderung – Schwarz-Gelb verspielt den deutschen Vorsprung bei Umwelttechnologien.